
NACHRICHTEN

DRESDEN/BERLIN

Keine Steuer bei Gemeindefusionen

Städte und Gemeinden müssen künftig bei kommunalen Zusammenschlüssen keine Grunderwerbssteuer mehr zahlen. Das regelt ein Änderungsgesetz, das nach dem Bundestag gestern auch der Bundesrat gebilligt hat. Die Änderung geht auf eine Gesetzesinitiative Sachsens aus dem Jahre 2011 zurück, wie das Innenministerium in Dresden mitteilte. „Damit erleichtern wir den Prozess der gemeindlichen Fusionen, bauen Verwaltung sowie finanzielle Hürden ab und schaffen leistungsfähige kommunale Strukturen“, sagte Innenminister Markus Ulbig. Zufrieden äußerte sich auch der Sächsische Städte- und Gemeindegtag. Bei Gemeindefusionen wechseln meist auch kommunale Grundstücke und Firmen den Besitzer. Bisher wurden dafür Steuern fällig. (fp)